

Ekin Deligöz

Demokratie leben heißt, sie zu gestalten

Das Wort „Demokratie“ kann durch unterschiedliche Herangehensweisen definiert werden, zum Beispiel: politisch, soziologisch, kulturwissenschaftlich oder historisch. Sie alle eint der kleinste gemeinsame Nenner: Zur Demokratie gehört das politische Prinzip, nach dem das Volk durch

freie Wahlen an der Machtausübung des Staates teilhat, sowie ein Regierungssystem, ein Staat mit demokratischer Verfassung, ein demokratisch regiertes Staatswesen und das Prinzip der freien und gleichberechtigten Willensbildung und Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gruppen.

Zwei Begriffe möchte ich aus dieser Aufzählung herausgreifen:

1. Teilhabe

Wir definieren die Differenzen in unserer Gesellschaft immer weniger über soziologische Differenzen, stattdessen verwenden wir den Begriff der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe. In der Armutsdebatte zum Beispiel ist die Bedeutung der Infrastruktur im Sozialstaat als ein Förderinstrument des sozialen Aufstiegs und Durchbrechung von vererbten Armutsstrukturen nicht nur in den wissenschaftlichen Ausarbeitungen, sondern auch längst in der Politik angekommen.

2. Staatswesen

Damit die Teilhabeprozesse in gesellschaftlichen Strukturen gelingen, ist die Grundvoraussetzung dafür meines Erachtens ein funktionierendes Staatswesen und eine öffentliche Infrastruktur, mit dem Auftrag der Daseinsfürsorge.

Damit Teilhabe und ein demokratisches Staatswesen wirken kann, ist es unabdingbar, die Veränderung der Zusammensetzung einer Gesellschaft in diesen Strukturen auch abzubilden, um die Teilhabe und deren Akzeptanz adäquat gewährleisten zu können. In der Praxis bedeutet das, dass wir unsere Strukturen im Staatswesen immer wieder auf die Frage der Gewährleistung von Teilhabe und Akzeptanz sowie die Funktionsfähigkeit überprüfen müssen. Sowohl die öffentliche Verwaltung als auch deren Repräsentation sind die Visitenkarten einer funktionierenden demokratischen Struktur. Am Beispiel der aktuellen Entwicklungen lässt sich das gut darstellen.



Ekin Deligöz

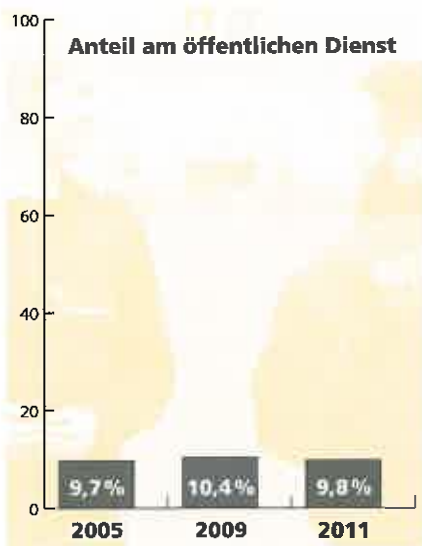
Deutschland verändert sich. Der demografische Wandel sowie die Zuwanderung durch Geflüchtete wird die Zusammensetzung dieser Gesellschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stärker denn je verändern. Während der Anteil der älteren Menschen stetig wächst, wird der von Menschen im erwerbsfähigen Alter weiter absinken. Diese Tendenz wird auch durch neu Zugewanderte nicht umgekehrt, die Gesellschaft wird aber durch sie bunter und vielfältiger, als sie ohnehin schon ist. Dieser Entwicklung ist ein Auftrag an die Politik immanent: Sie hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Integration gelingt.

Dabei gilt es, aus den Fehlern, die in früheren Zeiten bei der Einwanderung der „Gastarbeiter“ begangen wurden, zu lernen und es jetzt besser zu machen. Es hängt von einer gelungenen

Foto: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Integrationspolitik ab, ob die Kinder der Neuzuwanderer eine Chance im Leben erhalten, ob es gelingt, Konflikte in der Gesellschaft zu lösen oder zu vermeiden, ob das Zusammenleben aller funktioniert oder nicht. Eine gelungene Integrationspolitik forciert das Erlernen der Sprache, eröffnet Zugänge zu Bildung, ermittelt einen gemeinsamen Wertekanon und, nicht zuletzt, befähigt zur Erwerbstätigkeit und somit zur eigenen Existenzsicherung. Diese Faktoren sind allentscheidend dafür, dass auch neu Zugewanderte gesellschaftlich teilhaben können. Das ist auch das Fundament für ein gutes Miteinander, in der Nachbarschaft, im Ort, in den Arbeitsstätten, in den Kitas, Schulen und Vereinen. Damit dieses Fundament gefördert und erhalten bleibt, müssen wir in all diese Orte, in die soziale Infrastruktur, in die Träger unseres Staatswesens investieren.

Eine gelungene Integration braucht soziale Infrastrukturen, das heißt Angebote und Dienstleistungen, die das notwendige Rüstzeug vermitteln. Diese Infrastruktur ist eine Grundvoraussetzung für das Gelingen von Integration, gestaltet aber noch kein Miteinander. Sie muss genutzt werden. Damit das wechselseitig gut gelingt, müssen jedoch insbesondere die Strukturen in den Infrastrukturreinrichtungen mit den Veränderungen mitgehen und der gewachsenen gesellschaftlichen Vielfalt Rechnung tragen. Interkulturelle Kompetenz, Kenntnisse über Herkunftskulturen, biografische Gegebenheiten und nicht zuletzt ein Verständnis für die aktuelle gesellschaftliche Lage sind essentiell, damit die dortige Arbeit ihre Wirkung entfalten kann. Die öffentliche Infrastruktur muss



Der Anteil der Berufstätigen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst stagniert auf geringem Niveau. Neuere vergleichbare Zahlen gibt es derzeit nicht. Die Zahlen variieren auch in einzelnen Bundesländern stark (zum Beispiel Baden-Württemberg: 13,9 Prozent/Schleswig-Holstein: 6,4 Prozent).

kompetent und verlässlich sein, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen und zu erhalten. Es müssen daher unbedingt Menschen darin tätig sein, die in diesen Einrichtungen Brücken zwischen den Kulturen bauen und gestalten. Sie müssen in der Lage sein, Vorurteile abzubauen, und daran arbeiten, dass sie künftig vermieden werden. Und sie sollten glaubhaft und überzeugend unsere Werte vertreten und vermitteln. Wir brauchen Menschen, die selbst Migrationserfahrung haben, die in den Strukturen des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Infrastrukturen (Mit-) Verantwortung übernehmen. Es braucht Menschen mit Kenntnissen über die Hintergründe von Zuwanderung, Menschen, die die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung verstehen und vermitteln können. Soziale und kulturelle Kompetenzen spielen hierbei eine sehr große Rolle. Mehr solcher Personen wären auch wünschenswert in der Politik, in Vereinen und Verbänden oder auch in allen denkbaren Zusammenschlüssen der Zivilgesellschaft.

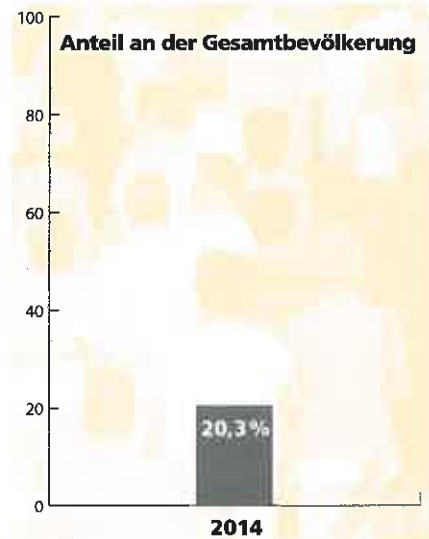
Der Alltag sieht bisher aber ganz anders aus. Migrantinnen und Migranten sind in der Politik und Verwaltung noch immer eine Randerscheinung. Ihr Anteil in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst ist ebenso noch sehr gering. Rund 16,4 Millionen Menschen in Deutschland haben

Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2011

einen Migrationshintergrund. Dies entsprach im Jahr 2014 einem Bevölkerungsanteil von 20,3 Prozent. Die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund hatte einen deutschen Pass (56,0 %). Gleichzeitig haben lediglich zwei Prozent der politischen Mandatsträger und Mandatsträgerinnen in deutschen Parlamenten einen Migrationshintergrund. Ihr Anteil liegt im Bereich der politischen Interessensvertretung also deutlich unter dem, den sie in der Bevölkerung haben. Zu einem Miteinander auf Augenhöhe gehört aber, dass sie politische Verantwortung übernehmen können und auch sollen. Deshalb sollten mehr Migrantinnen und Migranten die Chance bekommen, im öffentlichen Dienst, zum Beispiel in Rathäusern, Bürgerämtern und Ausländerbehörden beschäftigt zu werden. Gleichzeitig müssen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den sozialen Einrichtungen und Behörden für die Belange der Migrantinnen und Migranten durch Schulungen und Fortbildungen sensibilisiert werden. Außerdem sollten Migrantinnen und Migranten zur aktiven politischen Teilhabe durch Mentoren-Programme, Praktika und gezielte Ansprache ebenso wie zu Kandidaturen für politische Mandate ermuntert werden.

Um die Vielfalt der Gesellschaft auch im öffentlichen Dienst widerzuspiegeln, sind Stipendien und Berufsförderprogramme für Migranten und Migrantinnen notwendig, um den Einstieg in den öffentlichen Dienst zu erleichtern. So kann beispielsweise die Anzahl der Polizisten und Polizistinnen mit Migrationshintergrund erhöht werden.

Jede Kommune sollte eine/n Integrationsbeauftragte/n ernennen, die/der dafür verantwortlich ist, die Vernetzung und Koordinierung von haupt- und ehrenamtlicher Integrationsarbeit aufzubauen. Auf Bundesebene muss ein Integrationsministerium den Auftrag der Koordination der unterschiedlichen Behörden und Verantwortungsebenen und regelmäßiger Berichterstattung über Integration und Migration in Deutschland übernehmen. Auch das zivilgesellschaftliche Engagement braucht Orte, in denen es gelebt



Demgegenüber besitzt mittlerweile ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund.

werden kann, z. B. Frauencafés, Jugendtreffpunkte, Nachbarschaftshäuser, Mehr-Generationen-Häuser oder ehrenamtliche Netzwerke. Zudem müssen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher systematisch in ihrer interkulturellen Kompetenz geschult werden.

Wir müssen in die soziale Infrastruktur jetzt investieren. Demokratie leben bedeutet, die Strukturen für die Gesellschaft zu öffnen und Möglichkeiten für eine Identifikation mit derselbigen zu schaffen. Wer sich in die Gesellschaft einbringen und so an ihr teilnehmen kann, verteidigt auch deren Regeln und akzeptiert ihre Bedingungen.

Demokratie leben bedeutet auch immer die Verantwortung, sie zu gestalten. Dieser Verantwortung sollten wir uns stellen. ■

Ekin Deligöz ist Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin, für Bündnis 90/Die Grünen Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.